



einfachmachen
Gemeinsam die
UN-Behindertenrechts-
konvention umsetzen

Aktions-Plan 2 von Deutschland

Das will die Regierung machen

Ein Heft in Leichter Sprache



Dieser Text in Leichter Sprache
ist die Übersetzung
von einem Text in schwerer Sprache.
Der Text in schwerer Sprache heißt:

**Nationaler Aktionsplan 2.0 der Bundesregierung
zur UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK)**

Was steht in diesem Heft?

Hinweise.....	5
Teil 1: Darum gibt es den Aktions-Plan 2.....	6
Teil 2: Wichtige Dinge im Aktions-Plan 2.....	8
Informationen sammeln.....	8
Menschen mit Behinderung anerkennen.....	9
Arbeits-Plätze für Menschen mit Behinderung.....	10
Selbst bestimmen beim Wohnen.....	10
Neue Gesetze für Gesundheit und Pflege.....	11
Neue Forschungs-Projekte.....	11
Gemeinsam lernen.....	12
Mehr Barriere-Freiheit.....	12
Teil 3: Das will die Regierung machen.....	13
Arbeit.....	14
Bildung.....	20
Gesundheit und Pflege.....	22
Kinder und Jugendliche.....	24
Familie und Partnerschaft.....	26
Frauen.....	28
Alte Menschen.....	30
Bauen und Wohnen.....	32
Bus und Bahn fahren.....	34
Freizeit.....	36
Dabei sein und mit-reden können.....	39
Persönliche Rechte.....	42
Mit anderen Ländern zusammen arbeiten.....	46
Menschen mit Behinderung anerkennen.....	48
Teil 4: Infos über den UN-Vertrag und die Aktions-Pläne.....	50
Erklärungen für schwere Wörter.....	55
Wer hat dieses Heft gemacht?.....	62

Hinweise

Männliche und weibliche Sprache

Dieser Text ist nur in männlicher Sprache geschrieben.

Wir machen das so,

damit man den Text besser lesen kann.

Zum Beispiel steht im Text nur das Wort **Politiker**.

Das Wort **Politikerinnen** steht nicht im Text.

Politiker können aber auch Frauen sein.

Frauen sind genauso wichtig.



Erklärungen für schwere Wörter

Dieser Text ist in Leichter Sprache geschrieben.

Aber manchmal stehen trotzdem schwere Wörter im Text.

Die schweren Wörter sind in **grün** geschrieben.

Am Ende vom Heft auf Seite 55 können Sie

die Erklärungen für die schweren Wörter lesen.



Infos über den UN-Vertrag

In diesem Heft geht es um den **UN-Vertrag**.

Den UN-Vertrag gibt es schon länger.

Deutschland hat schon viele Sachen

für den UN-Vertrag gemacht.



Vielleicht möchten Sie mehr

über den UN-Vertrag wissen.

Dann lesen Sie zuerst den Teil 4 auf Seite 50.

Oder Sie kennen den UN-Vertrag schon.

Dann lesen Sie einfach auf der nächsten Seite weiter.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen!



Teil 1: Darum gibt es den Aktions-Plan 2

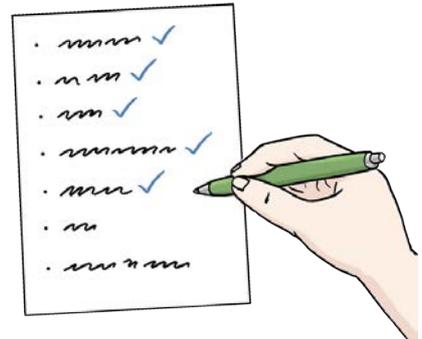
Ein **Aktions-Plan** ist ein Arbeits-Plan für ein bestimmtes Ziel.

Ein Ziel ist zum Beispiel:

Menschen mit Behinderung sollen besser leben.

Dann steht in dem Plan:

- Was sind die Probleme von Menschen mit Behinderung.
- Wie kann man die Probleme lösen.
- Wer muss welche Aufgaben erledigen.



Im Jahr 2011 hat die Regierung den ersten Aktions-Plan gemacht.

Auf Seite 51 können Sie mehr darüber lesen.

Seit dem hat sich viel verändert:

- Viele Dinge aus dem ersten Aktions-Plan sind schon erledigt.
- Es gab die Landes-Prüfung.

Dabei haben Fach-Leute geprüft:

Wie hat Deutschland den **UN-Vertrag** umgesetzt.

Was soll Deutschland besser machen.

Auf Seite 51 können Sie mehr über die Landes-Prüfung lesen.

- Es gibt viele neue Ideen für die **Inklusion**.



Inklusion bedeutet:

- Menschen mit Behinderung gehören dazu.
- Menschen mit Behinderung können überall dabei sein.
- Menschen mit Behinderung dürfen selbst bestimmen.
- Alle Menschen haben die gleichen Rechte.



Die Regierung hat im Jahr 2014 angefangen an einem neuen Aktions-Plan zu arbeiten.

Mit dem neuen Aktions-Plan soll die Inklusion in Deutschland noch besser klappen.



Die Regierung von Deutschland hat den Aktions-Plan 2 gemacht.

Menschen mit Behinderung und Vereine von Menschen mit Behinderung haben beim Aktions-Plan 2 mit-gearbeitet. Auch viele Fach-Leute haben mit-gearbeitet.

Im Juni 2016 war der Aktions-Plan 2 fertig.

In diesem Heft erklären wir den Aktions-Plan 2 in Leichter Sprache.



Teil 2: Wichtige Dinge im Aktions-Plan 2

Die Regierung sagt:

Für den **Aktions-Plan 2** sind einige Dinge besonders wichtig.

Darum erklären wir diese Dinge zuerst.

Informationen sammeln

Die Regierung möchte mehr wissen

über das Leben von Menschen mit Behinderung.

Dafür muss die Regierung Informationen sammeln.



Zum Beispiel:

- Wie viele Menschen mit Behinderung in Deutschland wohnen.
- Welche Hilfen die Menschen brauchen.
- Wo die Menschen arbeiten.
- Was für eine Ausbildung die Menschen haben.



In schwerer Sprache heißt das:

Teilhabe-Berichterstattung.

Die Regierung will eine große Umfrage machen.

Wenn man viele Menschen mit Behinderung fragt,

kann man viel heraus-finden.



Das ist wichtig.

Die Regierung weiß dann besser Bescheid

über die Menschen mit Behinderung in Deutschland.

Dann kann die Regierung eine gute Politik machen

und den Menschen besser helfen.

Zum Beispiel mit neuen Gesetzen.



Menschen mit Behinderung anerkennen

Im UN-Vertrag steht:

Eine Behinderung ist **nicht**,
wenn ein Mensch etwas nicht kann.

Eine Behinderung ist,
wenn ein Hindernis den Menschen behindert.



Zum Beispiel:

Eine Behinderung ist,
wenn es keine Rampe für Rollstuhl-Fahrer gibt.

Viele Menschen ohne Behinderung denken:

Menschen mit Behinderung
können **nicht** alles mit-machen.

Das liegt an den Menschen
mit Behinderung.



Aber das stimmt nicht!

Es liegt **nicht** an den Menschen.

Es liegt oft an den Sachen.

Zum Beispiel:

Ein Mensch im Rollstuhl kann nicht ins Kino,
weil es **keinen** Aufzug gibt.



Die Regierung möchte:

Alle Menschen in Deutschland sollen
etwas über Behinderungen lernen.

Dann ändert sich die Gesellschaft.

Die Gesellschaft wird **inklusiv**.

Das heißt:

Menschen mit Behinderung
können überall dabei sein.



Arbeits-Plätze für Menschen mit Behinderung

Die Regierung möchte:

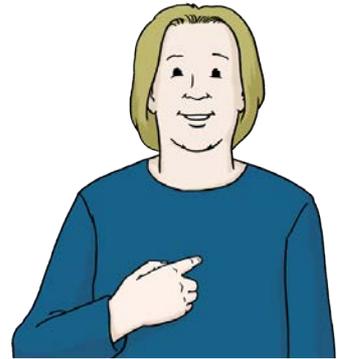
Menschen mit Behinderung sollen dort arbeiten,
wo alle anderen Menschen auch arbeiten.

Und die Menschen sollen
genug Geld zum Leben verdienen.

Die Menschen dürfen selbst entscheiden:

Was möchte ich arbeiten.

Wo möchte ich arbeiten.

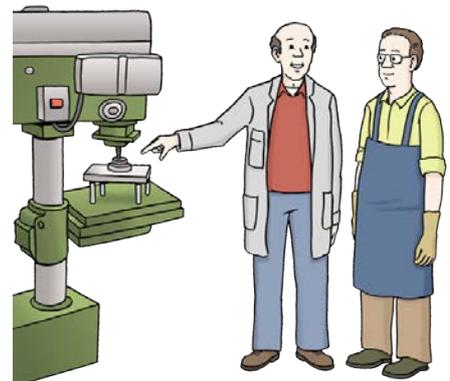


Die Menschen mit Behinderung brauchen:

- eine gute Ausbildung
- passende Arbeits-Plätze.

Die Regierung macht neue Gesetze.

Und die Regierung gibt Geld für neue
Arbeits-Plätze für Menschen mit Behinderung.



Selbst bestimmen beim Wohnen

Menschen mit Behinderung dürfen selbst bestimmen:

Wo möchte ich wohnen.

Mit wem möchte ich wohnen.

Die Regierung macht ein neues Gesetz.

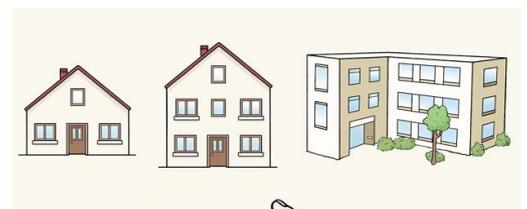
Das Gesetz heißt: **Bundes-Teilhabe-Gesetz.**

In dem Gesetz steht zum Beispiel:

Menschen mit Behinderung bekommen die Hilfe,
die sie brauchen.

Egal, wo die Menschen wohnen.

Egal, ob die Menschen im Wohn-Heim
oder in einer eigenen Wohnung wohnen.

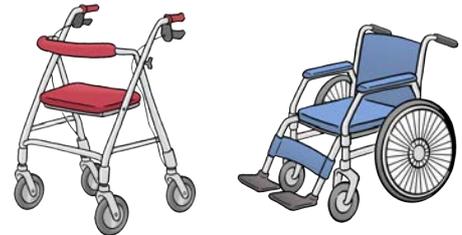
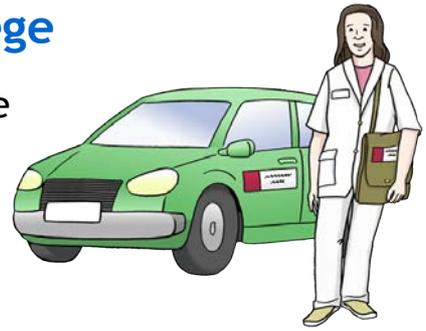


Neue Gesetze für Gesundheit und Pflege

Manche Menschen mit Behinderung brauchen Pflege oder besondere Hilfen für die Gesundheit.

Die Regierung macht neue Gesetze für die Kranken-Versicherung und die **Pflege-Versicherung**.

Dann können Menschen mit Behinderung bald noch einfacher die passenden Hilfen für die Gesundheit bekommen.



Neue Forschungs-Projekte

Die Regierung möchte wissen:
Wie kann man das Leben von Menschen mit Behinderung besser machen.
Die Regierung fragt auch viele Fach-Leute.

- Fach-Leute für Recht.
Zum Beispiel Richter.
- Fach-Leute von der Uni.
- Und andere Fach-Leute.



Die Fach-Leute machen **Forschungs-Projekte**.

Das heißt:

Die Fach-Leute überlegen:

Wie kann man das Problem lösen.

Die Fach-Leute probieren mehrere Lösungen aus.

Dann wissen sie:

Was funktioniert am besten.

Am Ende vom Projekt

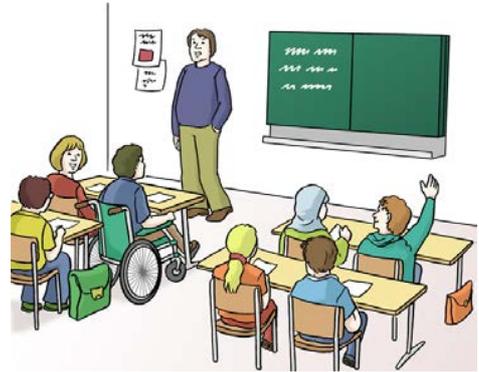
schreiben die Fach-Leute einen Bericht.



Gemeinsam lernen

Die Regierung möchte:
Menschen mit und ohne Behinderung
lernen gemeinsam.

Alle Lehrer sollen etwas über den Unterricht
für Kinder mit und ohne Behinderung wissen.
Darum gibt es Kurse für die Lehrer.



Mehr Barriere-Freiheit

Barriere ist ein anderes Wort für Hindernis.
Zum Beispiel:
Eine Treppe ist eine Barriere für Rollstuhl-Fahrer.



Barriere-frei heißt:

Es gibt **keine** Hindernisse für Menschen mit Behinderung.
Alles soll so sein,
dass alle Menschen es gut benutzen können.

Zum Beispiel:

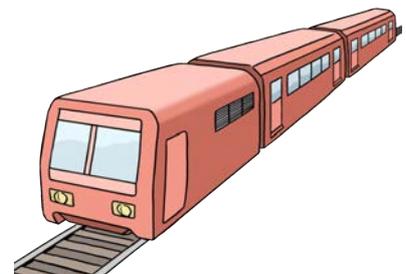
- Straßen und Häuser
- Busse und Züge
- Informationen und Internet-Seiten



Die Regierung setzt sich dafür ein:

In Deutschland soll es mehr Barriere-Freiheit geben:

- beim Wohnen
- beim Bahn-Fahren
- beim Reisen
- am Arbeits-Platz



Teil 3: Das will die Regierung machen

Inklusion bedeutet:

Menschen mit Behinderung können überall dabei sein.

Menschen mit und ohne Behinderung
machen die Sachen gemeinsam.

Zum Beispiel:

- Menschen mit und ohne Behinderung arbeiten zusammen in einer Firma.
- Die Kinder lernen zusammen in einer Schule.
- Die Menschen leben zusammen in der gleichen Stadt.
Sie treffen sich beim Einkaufen oder in der Freizeit.



In vielen Bereichen muss sich etwas ändern,
damit Menschen mit Behinderung dabei sein können.
Diese Sachen stehen im Aktions-Plan 2.

Viele Sachen kosten Geld.

Die Regierung gibt viel Geld,
damit Deutschland das Ziel erreichen kann.



Für jeden Bereich gibt es ein Kapitel.

In dem Kapitel können Sie lesen:

- Was steht im **UN-Vertrag**?
- Was sind die Ziele von der Regierung?
Die Ziele stehen immer in dem gelben Kasten.
- Was will die Regierung
in den nächsten Jahren machen?



Arbeit

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderung
sollen dort arbeiten,

wo alle anderen Menschen auch arbeiten.



Das sind die Ziele von der Regierung:

- Menschen mit Behinderung sollen eine Ausbildung machen können.
- Es soll mehr Arbeits-Plätze auf dem ersten Arbeits-Markt geben.
- Schwerbehinderten-Vertretungen setzen sich für Menschen mit Behinderung in einer Firma ein. Schwerbehinderten-Vertretungen sollen wichtiger werden.
- Menschen mit Behinderung sollen in der Werkstatt mehr mit-reden.
- Manche Menschen sind sehr lange arbeitslos. Die Menschen finden nur schwer eine neue Arbeit. Langzeit-Arbeitslose mit Behinderung sollen schneller Arbeit finden.
- Mehr Arbeits-Plätze sollen barriere-frei sein.

Ausbildungen für junge Menschen mit Behinderung

Schüler mit Behinderung sollen herausfinden, welcher Beruf zu ihnen passt.

Und ob sie den Beruf machen können.

Dann können die Schüler nach der Schule direkt den Beruf lernen.



Die Schüler sollen etwas über Berufe erfahren.

Dafür gibt es die Berufs-Beratung.

Alle Schüler mit Behinderung sollen eine gute Berufs-Beratung bekommen.

Jeder Schüler soll nach der Schule eine Ausbildung machen.

Und die Ausbildung bis zum Ende machen.

Die Schüler brauchen dabei Unterstützung.



Es gibt eine Aktion in Deutschland.

Die Aktion unterstützt Schüler.

Die Aktion heißt:

Initiative Bildungsketten.

Die Regierung gibt Geld für die Aktion.

Bildungsketten



Mehr Arbeits-Plätze auf dem ersten Arbeits-Markt

Es muss auch genug Arbeits-Plätze für Menschen mit Behinderung geben.

Die Arbeits-Plätze sollen **nicht** in der Werkstatt sein.

Die Arbeits-Plätze sollen auf dem **ersten Arbeits-Markt** sein.

Dafür setzt die Regierung sich ein.



Mehr unterstützte Beschäftigung

Vielleicht ist die Werkstatt zu leicht für die Menschen.
Aber der erste Arbeits-Markt ist zu schwer.
Dann bekommen diese Menschen zuerst Unterstützung am Arbeits-Platz.
Und können später vielleicht ohne Unterstützung arbeiten.



Integrations-Firmen unterstützen

In einer Integrations-Firma gibt es Arbeits-Plätze für Menschen ohne Behinderung.
Und für Menschen mit Behinderung.

Die Regierung will:
Es soll mehr Arbeits-Plätze für Menschen mit Behinderung in Integrations-Firmen geben.
Dafür gibt die Regierung Geld.



Geld für den ersten Arbeits-Markt

Jemand arbeitet in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung.
Dafür bekommt die Werkstatt Geld.

Aber Menschen aus einer Werkstatt dürfen auch in einer Firma arbeiten.
Dann bekommt eine Firma das Geld.
Das Geld nennt man:
Budget für Arbeit.



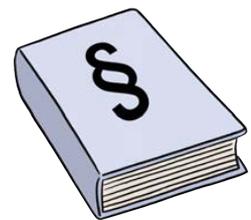
Mehr Rechte für die Schwerbehinderten-Vertretung

Die Schwerbehinderten-Vertretung setzt sich für Menschen mit Behinderung in einer Firma ein. Damit die Menschen mit Behinderung **keine** Nachteile haben.



Die Regierung möchte:
Mehr Menschen mit Behinderung sollen in Firmen arbeiten.
Aber die Menschen mit Behinderung dürfen am Arbeits-Platz **keine** Nachteile haben.
Dabei kann die Schwerbehinderten-Vertretung helfen.

Die Regierung will die Regeln besser machen.
Dann hat die Schwerbehinderten-Vertretung mehr Rechte.
Und kann sich besser einsetzen für die Arbeitnehmer mit Behinderung.



Zum Beispiel:
Die Schwerbehinderten-Vertretung soll mehr mit-bestimmen dürfen.
Immer wenn es um Arbeitnehmer mit Behinderung geht.



Mehr mit-reden in der Werkstatt

Menschen mit Behinderung arbeiten oft in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung. In der Werkstatt bekommen sie viel Unterstützung.



Die Werkstatt soll auf die Beschäftigten in der Werkstatt hören.

Zum Beispiel:

- Bei den Wünschen zum Lohn.
- Bei Wünschen zum Essen in der Werkstatt.
- Oder bei anderen wichtigen Fragen.



Dafür will die Regierung sich einsetzen: Die Werkstatt soll noch mehr auf die Beschäftigten hören. Besonders auf die Frauen mit Behinderung. Damit auch Beschäftigte in der Werkstatt **keine** Nachteile an ihrem Arbeits-Platz haben.



Schneller eine gute Arbeit finden

Manche Menschen sind lange ohne Arbeit.

Diese Menschen nennt man:

Langzeit-Arbeitslose.

Langzeit-Arbeitslose können nur schwer eine passende Arbeit finden.

Deshalb bekommen die Langzeit-Arbeitslosen Hilfe.

Zum Beispiel:

Die Menschen können einen anderen Beruf lernen.



Langzeit-Arbeitslose mit Behinderung
sollen schneller diese Hilfe bekommen.
Dann können diese Menschen
schneller eine passende Arbeit finden.



Menschen mit seelischen Problemen anerkennen

Manche Menschen haben seelische Probleme.
Die seelischen Probleme
machen es dem Menschen schwer bei der Arbeit.
Zum Beispiel:
Weil Kollegen die Probleme **nicht** verstehen.
Deshalb haben diese Menschen es
manchmal schwer in einer Firma.



Die seelischen Probleme kommen plötzlich.
Und der Mensch kann **nicht** zur Arbeit kommen.
Oder der Mensch ist plötzlich ganz anders.
Das stört die Kollegen,
weil die Kollegen zu wenig darüber wissen.



Menschen mit seelischen Problemen
brauchen mehr Verständnis.
Dafür will sich die Regierung einsetzen.



Bildung

Im UN-Vertrag steht:

Jeder Mensch mit Behinderung hat das Recht, mit anderen Menschen zusammen zu lernen. Behinderte und nicht-behinderte Kinder sollen zusammen in eine Schule gehen.



Das ist das Ziel von der Regierung:
Überall in Deutschland
sollen Kinder mit und ohne Behinderung
zusammen in die Schule gehen.

In Deutschland sind die **Bundes-Länder** für die Schulen zuständig.

Darum stehen im **Aktions-Plan 2** nur wenige Sachen über Schulen.

Die Regierung setzt sich dafür ein:

In allen Bundes-Ländern gibt es gemeinsamen Unterricht für Kinder mit und ohne Behinderung.

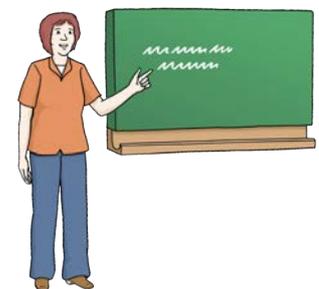


Bessere Ausbildung für Lehrer

Alle Lehrer sollen sich gut auskennen mit Kindern mit Behinderung.

Die Lehrer sollen wissen:

Wie macht man guten Unterricht, wenn verschiedene Kinder in einer Klasse sind.



Zum Beispiel: Ein Kind in einer Klasse ist gehörlos.

Die anderen Kinder können hören.

Der Lehrer macht Unterricht, bei dem alle Kinder in der Klasse gut lernen können.



Alle Lehrer sollen etwas über den Unterricht für Kinder mit Behinderung lernen:

- Menschen, die Lehrer werden wollen.
Diese Menschen lernen das in der Ausbildung an der Uni.
- Menschen, die schon als Lehrer arbeiten.
Es gibt Kurse für diese Menschen.



Mehr Forschung über inklusive Bildung

Inklusive Bildung heißt:
Menschen mit und ohne Behinderung
lernen gemeinsam.
Zum Beispiel:
In der Schule oder in der Uni.



Die Regierung möchte wissen:

- Wie können Kinder mit und ohne Behinderung gut gemeinsam lernen?
- Was brauchen Studenten mit Behinderung, die an einer Uni lernen?
- An welchen Unis klappt das besonders gut?
Was können andere Unis davon lernen?



Die Regierung möchte Antworten auf diese Fragen haben.

Forscher sollen die Antworten herausfinden.

Das nennt man **Forschungs-Projekt**.

Es gibt schon einige Forschungs-Projekte.

Es soll noch mehr Forschungs-Projekte geben.

Die Bundes-Regierung gibt Geld für die Projekte.



Gesundheit und Pflege

Im UN-Vertrag steht:

Jeder Mensch mit Behinderung muss die Medizin und die Hilfen für die Gesundheit bekommen, die er braucht.

Es muss besondere Hilfen und Medizin für Menschen mit Behinderung geben.



Das ist das Ziel von der Regierung:

Alle Menschen mit Behinderung bekommen

gute Hilfen für die Gesundheit und gute Pflege.

Die Hilfen und die Pflege passen zu den Menschen.

Barriere-Freiheit beim Arzt und im Krankenhaus

Für Menschen mit Behinderung muss es gute Ärzte geben.

Die Ärzte müssen wissen:

- Wie behandelt man Menschen mit Behinderung.
- Wie spricht man mit den Menschen.
- Welche Unterstützung brauchen die Menschen.



Die Arzt-Praxen und Krankenhäuser müssen **barriere-frei** sein.

Das heißt:

Es gibt **keine** Hindernisse.

Menschen mit Behinderung können alles gut benutzen.

Zum Beispiel:

Beim Frauen-Arzt gibt es

einen Untersuchungs-Raum für Frauen mit Rollstuhl.

Solche Frauen-Ärzte soll es überall in Deutschland geben.



Neue und passende Hilfen

Es gibt verschiedene Hilfen für Menschen mit Behinderung:

- **medizinische Hilfen**

Zum Beispiel:

Behandlungen beim Arzt
oder im Krankenhaus.

- **Pflege und Assistenz**

Zum Beispiel:

Hilfe von einem Pflege-Dienst.

- **berufliche Rehabilitation**

Das heißt:

Ein Mensch hat eine Krankheit oder einen Unfall.
Der Mensch kann seinen Beruf **nicht** mehr machen.
Dann macht der Mensch eine Rehabilitation.
In der Rehabilitation lernt der Mensch,
wie er seinen Beruf wieder machen kann.
Oder er lernt einen neuen Beruf.



Die Regierung möchte:

Alle Hilfen sollen gut zu den Menschen passen.

Die Regierung will dafür sorgen:

Es gibt neue Ideen für Hilfen.

Die neuen Hilfen sind noch besser für die Menschen.



Kinder und Jugendliche

Im UN-Vertrag steht:

Kinder mit Behinderung haben die gleichen Rechte.
Kinder mit Behinderung dürfen ihre Meinung sagen,
wenn etwas für sie gemacht wird.



Das sind die Ziele von der Regierung:



- Kinder mit Behinderung sollen schon als Baby gute Hilfen bekommen.
- Kinder mit Behinderung sollen besser vor Gewalt geschützt werden.
- Erzieher sollen sich gut auskennen mit Kindern mit Behinderung.

Bessere Hilfen für Babys mit Behinderung

Manchmal hat ein Baby eine Behinderung.
Fach-Leute können dem Baby helfen.
Die Fach-Leute machen Therapien mit dem Baby.
Zum Beispiel: Kranken-Gymnastik
für ein Baby mit Körper-Behinderung.
Das nennt man: **Früh-Förderung**.



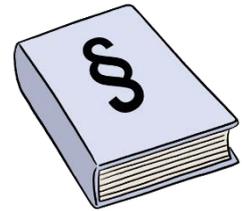
Früh-Förderung ist wichtig für Babys mit Behinderung.
Weil die Babys dann viele Dinge lernen können.
Und sie können später besser mit der Behinderung leben.
Deshalb sollen die Babys Früh-Förderung bekommen.

Mutter-Schutz-Frist verlängern

Eine Frau bekommt ein Baby.
Die Mutter muss 8 Wochen nach der Geburt **nicht** arbeiten.
Aber die Mutter bekommt trotzdem Lohn.
Das nennt man: **Mutter-Schutz-Frist**.



Vielleicht hat das Baby eine Behinderung.
Dann sind 8 Wochen Mutter-Schutz-Frist zu kurz.
Weil die Mutter mehr Zeit für das Baby braucht.
Die Mutter muss sich um die Früh-Förderung kümmern.
Deshalb will die Regierung
die Mutter-Schutz-Frist verlängern.



Kinder mit Behinderung vor Gewalt schützen

Kinder sind noch klein.
Und Kinder können sich schlecht wehren.
Deshalb muss man Kinder gut vor Gewalt beschützen.
Kinder mit Behinderung muss man auch gut beschützen.
Zum Beispiel:

- in der Familie
- in Kinder-Heimen
- oder in Wohn-Heimen.

Das gilt für Jungen und für Mädchen.
Deshalb gibt die Regierung Geld für Projekte.
Die Projekte helfen den Kindern.



Alle Kinder sollen zusammen im Kindergarten sein

Kinder gehen in den Kindergarten.
Oder in die Kinder-Tagesstätte.
Oder zu einer Tages-Mutter.

Kinder mit und ohne Behinderung sollen
zusammen im Kindergarten sein.
Das ist wichtig für alle Kinder.
Deshalb sollen sich die Erzieher
auch gut mit Kindern mit Behinderung auskennen.



Familie und Partnerschaft

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderung haben das Recht auf Partnerschaft und Familie.

Menschen mit Behinderung dürfen Kinder haben.



Das sind die Ziele von der Regierung:

Eltern mit Behinderung bekommen Unterstützung.

Dann können sie sich gut um ihre Kinder kümmern.

Alle Menschen werden mit Respekt behandelt.

Auch inter-geschlechtliche Menschen.

Mehr Respekt vor inter-geschlechtlichen Menschen

Menschen können inter-geschlechtlich sein.

Inter-geschlechtliche Menschen sind beides:

Ein Mann und eine Frau.

Das ist manchmal schwer für diese Menschen.

Die Menschen werden oft schlecht behandelt, weil sie anders sind.



Alle Menschen sollen mit Respekt behandelt werden.

Auch inter-geschlechtliche Menschen.

Dafür will sich die Regierung einsetzen.



Eltern mit Behinderung sollen es leichter haben

Eltern sein ist für viele Menschen nicht leicht.
Menschen mit Behinderung
haben es besonders schwer,
weil sie vielleicht selbst Unterstützung brauchen.



Die Regierung will sich
für Mütter und Väter mit Behinderung einsetzen.
Damit es Mütter und Väter mit Behinderung
leichter haben.
Dann können sie sich genauso gut
um ihre Kinder kümmern
wie Eltern ohne Behinderung.



Zum Beispiel:

- Weil sie mehr Unterstützung mit ihrem Kind bekommen.
- Oder weil es gute Gesetze für die Unterstützung gibt.
- Oder weil sie schnell Hilfe finden.

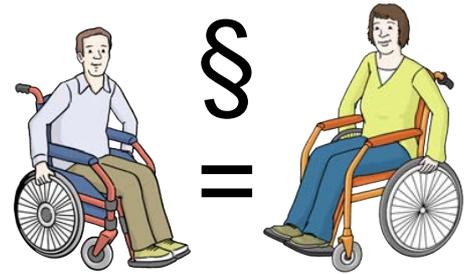


Frauen

Im UN-Vertrag steht:

Frauen mit Behinderung
müssen gut behandelt werden.

Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer.



Das sind die Ziele von der Regierung:

- Frauen mit Behinderung sollen besser vor Gewalt geschützt werden.
- Frauen mit Behinderung sollen in der Werkstatt mit-reden können.

Die Regierung will:

- Frauen mit Behinderung sollen **keine** Nachteile haben.
- Frauen mit Behinderung dürfen **nicht** schlecht behandelt werden, weil sie Frauen sind oder weil sie eine Behinderung haben.



Frauen mit Behinderung vor Gewalt schützen

Frauen mit Behinderung erleben besonders oft Gewalt.

Manche Frauen mit Behinderung können sich schlecht dagegen wehren.

Zum Beispiel:

- Ein Mann fasst die Frau an.
Aber die Frau will das **nicht**.
- Oder jemand schlägt die Frau.
- Oder jemand beleidigt die Frau.



Die Regierung will:

Frauen mit Behinderung sollen besser vor Gewalt geschützt werden.

Frauen können in der Werkstatt mit-reden

Frauen sollen auch bei der Arbeit mit-reden können.

Zum Beispiel:

in einer Werkstatt für Menschen mit Behinderung.

Dafür gibt es **Frauen-Beauftragte**.

Die Frauen-Beauftragte ist eine Frau aus der Werkstatt.

Die Frauen-Beauftragte setzt sich dafür ein:

Frauen sollen bei der Arbeit

keine Nachteile haben.

Die Frauen-Beauftragte

hört den Frauen in der Werkstatt zu.

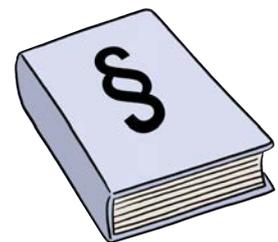
Die Frauen-Beauftragte setzt sich

für die Rechte von Frauen ein.

Die Regierung will das Gesetz ändern.

Im Gesetz steht dann:

In allen Werkstätten für Menschen mit Behinderung muss es Frauen-Beauftragte geben.



Alte Menschen

Menschen mit Behinderung sollen überall dabei sein.
Menschen mit Behinderung dürfen selbst bestimmen.
Das gilt auch für alte Menschen mit Behinderung.



Das ist das Ziel von der Regierung:

Alle müssen noch mehr über alte Menschen lernen.

Alte Menschen sind genauso wichtig wie junge Menschen.

Das gilt auch für alte Menschen mit Behinderung.

In Deutschland gibt es viele Menschen.
Es hat sich etwas verändert bei den Menschen.
Die Menschen werden älter.
Aber es kommen weniger junge Menschen nach.
Deshalb gibt es besonders viele alte Menschen.



Deutschland braucht neue Ideen:
Wie kann man alte Menschen gut unterstützen.

Mehr Wohnungen ohne Barrieren

Alte Menschen können mit jungen Menschen wohnen.
Dann können sich alte und junge Menschen
gegenseitig helfen.



Die Wohnungen müssen geeignet sein für alte Menschen.
Deshalb sollen diese Wohnungen ohne Barrieren sein.
Zum Beispiel: ohne Treppen oder Stufen.
Die Regierung unterstützt
solche Wohnungen ohne Barrieren.
Dann können mehr alte und junge Menschen
zusammen wohnen.



Bessere Unterstützung und Beratung

Alte Menschen mit Behinderung brauchen besonders viel Hilfe. Die Familien von den alten Menschen helfen oft. Zum Beispiel bei der Pflege. Das ist für die Familie anstrengend.

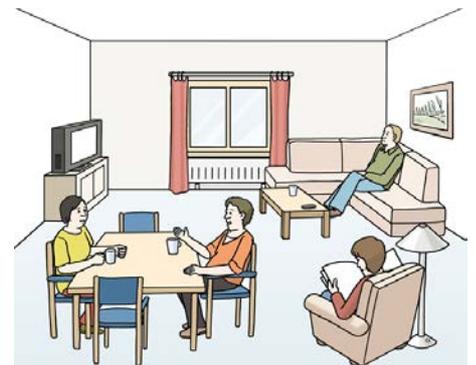


Die Familien brauchen gute Beratung. Dann finden sie schneller Unterstützung bei der Pflege von dem Familien-Angehörigen. Und die Familien haben es dann leichter.



Alte Menschen mit Behinderung können in ihrer gewohnten Umgebung bleiben

Alte Menschen fühlen sich wohl im eigenen Zuhause. Das kann eine Wohnung sein. Oder ein Wohn-Heim. Menschen mit Behinderung leben oft im Wohn-Heim. Die Menschen bekommen Hilfe im Wohn-Heim.



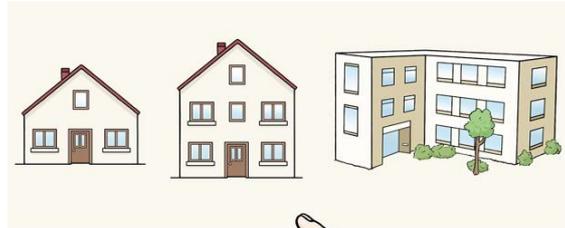
Alte Menschen mit Behinderung brauchen besondere Hilfe. Zum Beispiel: Menschen mit **Demenz**. Demenz ist eine Krankheit vom Gehirn: Die Menschen werden vergesslich. Die Menschen erkennen ihre Verwandten **nicht** mehr. Das will die Regierung: Alte Menschen mit Behinderung sollen in ihrer gewohnten Umgebung bleiben. Auch wenn sie sehr viel Hilfe brauchen. Deshalb unterstützt die Regierung Projekte dazu.



Bauen und Wohnen

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderung können selbst entscheiden, wo sie wohnen möchten.



Menschen mit Behinderung haben das Recht dort zu leben, wo andere Menschen auch wohnen.

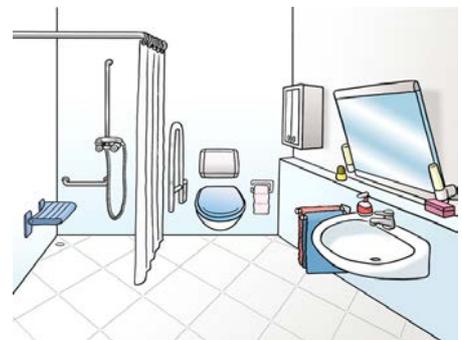


Das ist das Ziel von der Regierung:
Menschen mit Behinderung können in einer eigenen Wohnung leben.
Daher muss es mehr barriere-freie Wohnungen geben.

Barriere-freie Wohnungen bauen

In einer **barriere-freien** Wohnung gibt es:

- breite Türen
- Halte-Griffe im Bad
- **keine** Stufen am Eingang
- und andere Hilfen.



Menschen mit Behinderung können gut in der Wohnung leben.

Barriere-freie Wohnungen sind auch für viele andere Menschen gut.

Zum Beispiel:

- für alte Menschen
- für Familien mit Kindern



Alte Menschen können lange
in einer barriere-freien Wohnung leben.
Auch wenn sie Pflege brauchen.
Die Menschen müssen dann **nicht** in ein Pflege-Heim.
Die Pflege in der eigenen Wohnung kostet weniger.
Darum kann die **Pflege-Versicherung** viel Geld sparen.



Die Regierung setzt sich dafür ein:
Es sollen mehr barriere-freie Wohnungen gebaut werden.

Auch **Bundes-Länder** und Städte helfen dabei.
Zum Beispiel:
Die Bundes-Länder geben Geld dazu,
wenn jemand barriere-freie Wohnungen baut.



Mehr Barriere-Freiheit in der Wohn-Umgebung

Auch die Wohn-Umgebung muss **barriere-frei** sein,
damit Menschen mit Behinderung
gut in einer Stadt leben können.

Diese Sachen brauchen die Menschen:

- Geschäfte zum Einkaufen
- einen Arzt und eine Apotheke
- Angebote für die Freizeit

Alles soll in der Nähe von der Wohnung sein.



Die Regierung setzt sich dafür ein:
Überall in Deutschland gibt es
barriere-freie Wohn-Umgebungen.
In den Städten und auch auf dem Land.



Bus und Bahn fahren

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderung sollen sich fortbewegen können.

Jeder soll zu einem anderen Ort fahren können.

Zum Beispiel mit dem Bus.

Menschen mit Behinderung sollen dabei möglichst selbstständig sein.



Das ist das Ziel von der Regierung:
Menschen mit Behinderung können
selbstständig mit Bus und Bahn fahren.

Das ist wichtig für die **Inklusion**:

Menschen mit Behinderung können überall dabei sein.

Darum müssen die Menschen überall hinfahren können.

Barriere-Freiheit bei Bus und Bahn

Busse und Bahnen müssen **barriere-frei** sein.

Dann können Menschen mit Behinderung ohne Hilfe Bus und Bahn fahren.

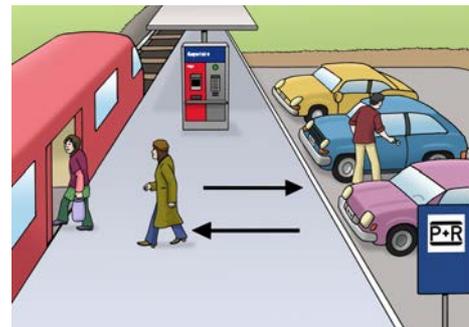


Auch die Bahnhöfe und Haltestellen müssen barriere-frei sein:

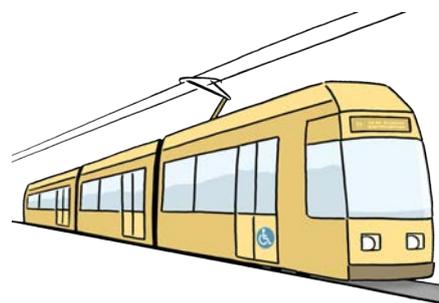
- Blinde Menschen brauchen Informationen zum Hören.
Zum Beispiel Ansagen, wann der Zug kommt.
- Gehörlose Menschen brauchen Informationen zum Lesen.
Zum Beispiel Anzeige-Tafeln.
- Menschen mit Rollstuhl brauchen Aufzüge und Rampen.



Viele Bahnhöfe in Deutschland sind schon alt.
Die Bahnhöfe müssen umgebaut werden.
Das dauert sehr lange.
Bei jedem Umbau muss man
an die **Barriere-Freiheit** denken.
Das ist wichtig für Menschen mit Behinderung.
Und es hilft auch vielen anderen Menschen.



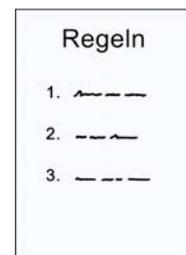
Auch bei neuen Zügen und Bussen muss man
an die Barriere-Freiheit denken.
Die Regierung setzt sich dafür ein:
Alle Bahnhöfe, Züge und Busse
sollen barriere-frei sein.
In den Städten und auf dem Land.



Projekte für mehr Barriere-Freiheit

Die Regierung macht Projekte.
Damit die Barriere-Freiheit von Bus und Bahn noch besser wird.
Zum Beispiel:

- Ein Projekt macht bessere Regeln
für barriere-freie Busse und Bahnen.
- Ein Projekt schreibt ein Buch
über barriere-freie Fern-Busse.
Das sind Reise-Busse.
Die Busse fahren in ganz Deutschland.
- Ein Projekt macht Fahrpläne und Reise-Informationen.
Die Informationen sollen alle Menschen
gut benutzen und verstehen können.
- Ein Projekt macht Informationen über Blinden-Hunde.
Diese Hunde darf man fast überall mitnehmen.



Freizeit

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderung sollen auch in der Freizeit überall dabei sein können.

Zum Beispiel ins Museum gehen.

Menschen mit Behinderung sollen selber Kunst machen können.



Das sind die Ziele von der Regierung:

- Künstler mit Behinderung bekommen mehr Anerkennung.
- Menschen mit Behinderung können auch ein Ehrenamt machen.
- Gemeinsam Sport machen soll noch wichtiger werden.
- Angebote in den Medien sind auch für Menschen mit Behinderung.

Mehr Anerkennung für Künstler mit Behinderung

Manche Menschen mit Behinderung

können etwas besonders gut.

Zum Beispiel singen oder malen.

Diese Menschen mit Behinderung

können auch Künstler sein.

Zum Beispiel:

- Sänger
- Schauspieler
- Maler

Künstler mit Behinderung sind zuerst Künstler.

Die Behinderung ist **nicht** wichtig.



Inklusive Kunst-Projekte

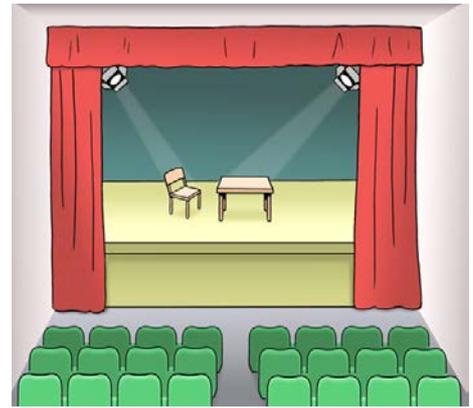
Das bedeutet:

Künstler mit und ohne Behinderung arbeiten zusammen.

Zum Beispiel:

Bei einer Ausstellung im Museum.

Oder in einem Theater-Stück.



Die Künstler bekommen dann Anerkennung für ihre Kunst.

Egal, ob sie eine Behinderung haben oder nicht.



Ehrenamt für Menschen mit Behinderung

Ehrenamt bedeutet:

Jemand hilft irgendwo mit.

Weil die Person gerne etwas für andere tun möchte.

Die Person bekommt dafür **kein** Geld.

Zum Beispiel:

Man kann im Alten-Heim helfen.

Oder bei der freiwilligen Feuerwehr.

Etwas für andere Menschen tun ist ein schönes Gefühl.

Menschen mit Behinderung brauchen manchmal Hilfe.

Aber: Menschen mit Behinderung können auch anderen Menschen helfen.

Die Regierung setzt sich dafür ein:

Menschen mit Behinderung

können ein Ehrenamt machen.



Mehr gemeinsamen Sport

Beim Sport sind diese Dinge wichtig:

- fair sein
- die anderen Mit-Spieler ernst nehmen
- zusammen halten



Beim Sport sind andere Dinge unwichtig.
Zum Beispiel Probleme oder Streit.

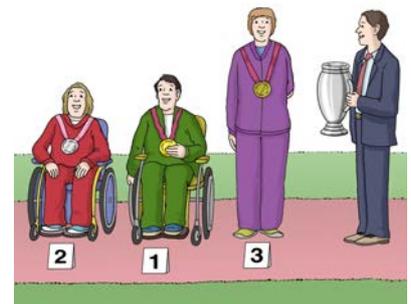
Menschen bekommen beim Sport Anerkennung.

Das gilt auch für Menschen mit Behinderung.

Die Regierung will sich einsetzen
für mehr gemeinsamen Sport.

Denn:

Menschen verstehen sich besser durch den Sport.



Bessere Angebote in den Medien

Angebote in den Medien sind zum Beispiel:

- Fernsehen, Radio und Zeitungen
- Internet-Seiten
- Und noch vieles mehr.



Das will die Regierung:

Die Angebote in den Medien

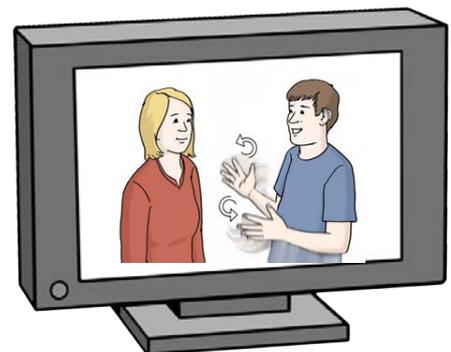
sind für alle Menschen in Deutschland da.

Auch für Menschen mit Behinderung.

Die Medien sollen **barriere-frei** sein.

Zum Beispiel:

- Nachrichten in Gebärdensprache
- Filme mit Unter-Titeln



Dabei sein und mit-reden können

Die Regierung möchte:

Menschen mit Behinderung sollen
in der Gesellschaft überall dabei sein.

Die Menschen sollen mit-reden
und selbst entscheiden können.

Dafür braucht Deutschland auch
gute Gesetze und Regeln.

Die Regierung will einige Gesetze ändern.

Dann passen die Gesetze besser zum **UN-Vertrag**.



Das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz

In dem Gesetz steht:

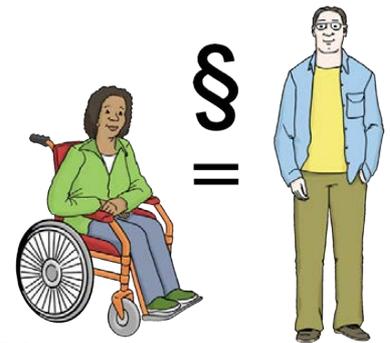
Alle Menschen haben die gleichen Rechte.

Menschen mit Behinderung
sollen **keine** Nachteile haben.

Ämter und Behörden sollen **barriere-frei** sein.

Alle Bundes-Behörden müssen sich an das Gesetz halten.

Zum Beispiel die Bundes-Ministerien.

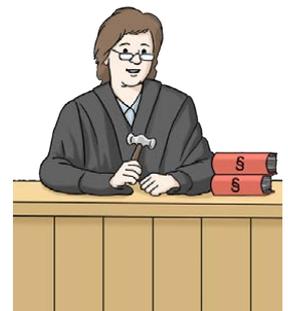


Die Regierung ändert das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz.

- Menschen mit Behinderung können vor Gericht klagen,
wenn sich ein Amt **nicht** an das Gesetz hält.
- Oder die Menschen können
die **Schlichtungs-Stelle** fragen.

Die Schlichtungs-Stelle bringt den Streit in Ordnung
ohne eine Klage vor Gericht.

- Die Vereine von Menschen mit Behinderung
sollen mit-reden in der Politik.
Dafür bekommen die Vereine Unterstützung.
- Ämter sollen Infos in Leichter Sprache machen.



Regeln für barriere-freies Internet

Die Regierung möchte:

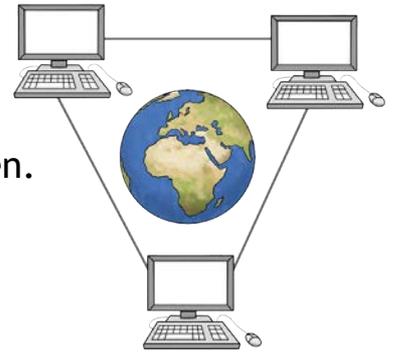
Die Internet-Seiten von Ämtern sollen **barriere-frei** sein.

Dann können alle Menschen die Internet-Seiten benutzen.

Zum Beispiel blinde Menschen oder Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.

Es gibt neue Regeln für Internet-Seiten.

Die Regeln sollen auch in Deutschland gelten.

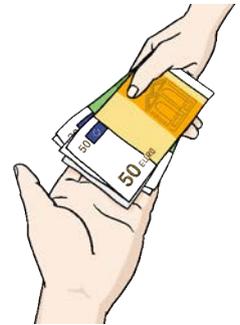


Bei Aufträgen auf die Inklusion achten

Die Ämter in Deutschland kaufen viele Sachen bei Firmen.

Die Regierung möchte:

- Die Ämter sollen mehr barriere-freie Sachen kaufen.
- Die Ämter sollen auch Sachen bei Werkstätten für Menschen mit Behinderung kaufen.



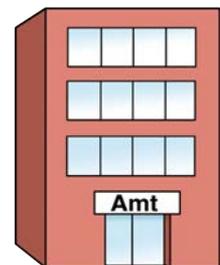
Neue Regeln für Pflege-Versicherung und Behinderung

Viele Menschen mit Behinderung bekommen

Unterstützung vom Amt oder von der **Pflege-Versicherung**.

Das Amt und die Versicherung wollen etwas wissen:

- Wie viel Hilfe der Mensch braucht.
- Welche Behinderungen der Mensch hat.



Das Amt und die Pflege-Versicherung schicken eine Person zu dem Menschen mit Behinderung.

Die Person fragt den Menschen und die Angehörigen.

In schwerer Sprache heißt das **Begutachtung**.

Die Regierung möchte:

Es soll neue Regeln für die Begutachtung geben.

Damit die Menschen mit Behinderung die richtige Unterstützung bekommen.



Das Bundes-Teilhabe-Gesetz

Bei der Arbeit verdient man Geld.
Mit dem Geld kann man viele Dinge fürs Leben bezahlen.
Oder man kann das Geld sparen.
Man kann selbst entscheiden,
was man mit dem Geld macht.

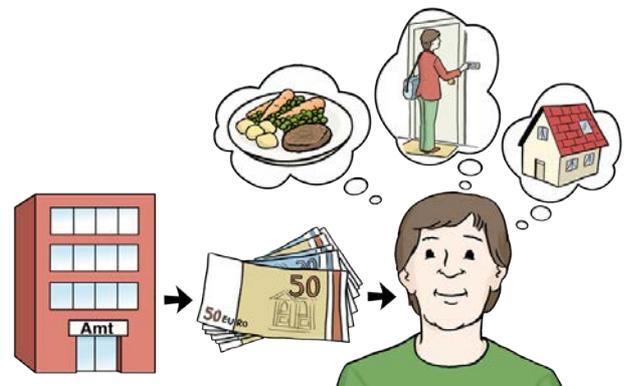


Bei Menschen mit Behinderung ist das **nicht** immer so.
Wenn ein Mensch mit Behinderung Geld verdient,
dann darf der Mensch mit Behinderung
nur etwas von dem Geld behalten.
Den Rest vom Geld muss er abgeben.
Von dem Geld werden die Sachen bezahlt,
die der Mensch wegen der Behinderung braucht.
Zum Beispiel: Hilfsmittel oder Assistenten.

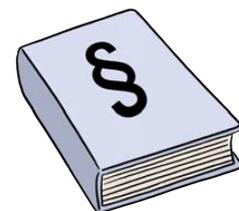


Die Regierung will ein neues Gesetz machen.
Das Gesetz heißt:
Bundes-Teilhabe-Gesetz.

Im Gesetz soll stehen:
Deutschland bezahlt die Hilfen
für alle Menschen mit Behinderung.
Die Menschen mit Behinderung dürfen
mehr Geld von ihrem Lohn behalten.
Und die Menschen dürfen mehr Geld sparen.



Im Bundes-Teilhabe-Gesetz stehen
auch noch viele andere Sachen.

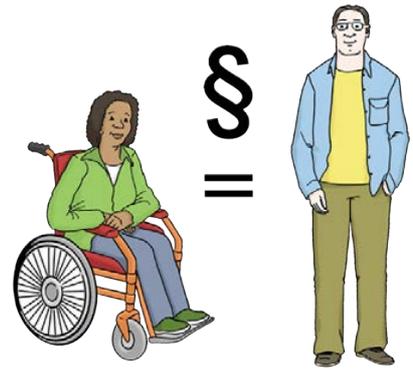


Persönliche Rechte

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderung
haben die gleichen Rechte und Pflichten
wie Menschen ohne Behinderung.

Menschen mit Behinderung
bekommen Hilfe bei ihren Rechten.



Das sind die Ziele von der Regierung:

- Menschen mit Behinderung können mehr selbst bestimmen und entscheiden.
- Schuld-unfähige Menschen sollen nicht länger als nötig in Psychiatrien sein.
- Richter und Staats-Anwälte sollen Menschen mit Behinderung besser verstehen.

Mehr selbst bestimmen

Manche Menschen mit Behinderung
können **nicht** alles alleine entscheiden.
Sie brauchen Hilfe bei wichtigen Entscheidungen.
Zum Beispiel:

- Beim Einteilen vom Geld.
- Bei der Gesundheit.
- Bei Briefen vom Amt.



Das nennt man **rechtliche Betreuung**.

Der rechtliche Betreuer muss
mit dem Menschen mit Behinderung sprechen.
Und der Mensch mit Behinderung soll seine Meinung sagen.
Das ist eine gute rechtliche Betreuung.



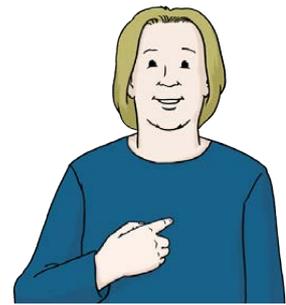
Das will die Regierung:

Rechtliche Betreuung soll immer gleich gut sein.
Menschen mit Behinderung dürfen selbst bestimmen.
Auch mit einem rechtlichen Betreuer.
Darum macht die Regierung ein **Forschungs-Projekt**.

Das Projekt erforscht:

Wie muss die rechtliche Betreuung sein,
damit Menschen mit Behinderung gut
selbst bestimmen können.

So wie es im **UN-Vertrag** steht.



Besser für sich selbst entscheiden

Viele Menschen haben Angst vor etwas.

Zum Beispiel:

Vor einem Krankenhaus.

Deshalb möchten die Menschen
lieber **nicht** ins Krankenhaus.

Auch wenn es im Krankenhaus
die richtige Hilfe gibt.

Bei Menschen mit Behinderung ist das genauso.



Aber jemand anders entscheidet dann
für die Menschen mit Behinderung.

Zum Beispiel der rechtliche Betreuer.



Die Regierung will heraus-finden:

Wie Menschen mit Behinderung
selbst entscheiden können.

Vielleicht brauchen die Menschen
bessere Informationen.

Dann haben sie **keine** Angst mehr.



Schuld-unfähige Menschen sollen nicht länger als nötig in Psychiatrien bleiben

Manche Menschen haben eine psychische Krankheit.

Eine psychische Krankheit macht die Gefühle von Menschen anders.

Zum Beispiel:

Jemand fühlt sich verfolgt.

Aber in Wirklichkeit ist **kein** anderer Mensch da.



Manche Menschen mit einer psychischen Krankheit machen besonders schlimme **Straf-Taten**.

Zum Beispiel:

Jemanden absichtlich verletzen.



Im Straf-Gesetz steht:

Diese Menschen sind **schuld-unfähig**.

Das bedeutet:

Die Krankheit ist der Grund für die Straf-Tat.



Diese Menschen sind eine Gefahr für andere Menschen.

Deshalb müssen sie in eine Psychiatrie.

In der Psychiatrie bekommen die Menschen Hilfe.



Menschen mit Behinderung

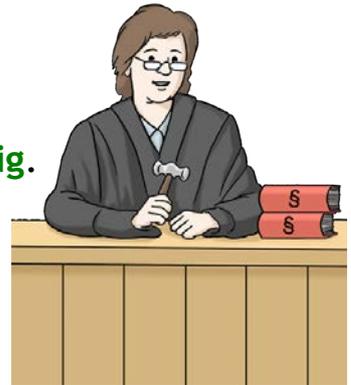
machen auch manchmal eine schlimme Straf-Tat.

Dann prüft der Richter auch:

Ist der Mensch mit Behinderung **schuld-unfähig?**



Die Regierung will:
Richter sollen genau prüfen.
Vielleicht ist der Mensch mit Behinderung **schuld-unfähig**.
Dann muss der Mensch mit Behinderung
auch in eine Psychiatrie.
Aber:
Das soll **nicht** länger als nötig sein.



Fortbildungen für Richter und Staats-Anwälte

Viele Leute wissen wenig
über Menschen mit Behinderung.
Die Leute haben dann Vor-Urteile.
Sie denken vielleicht:
Menschen mit Behinderung können viele Sachen **nicht**.



Aber das stimmt nicht!

Menschen mit Behinderung sind
wie alle anderen Menschen:
Jeder ist anders.
Man muss Menschen zuerst kennen-lernen.
Dann weiß man mehr über die Menschen.



Das ist besonders wichtig beim Gericht.
Richter und Staats-Anwälte sollen
Menschen mit Behinderung besser verstehen.
Deshalb soll es Fortbildungen
für Richter und Staats-Anwälte geben.



Mit anderen Ländern zusammen arbeiten

Im UN-Vertrag steht:

Deutschland soll mit anderen Ländern zusammen arbeiten.

Dabei sollen auch Menschen mit Behinderung mit-arbeiten.



Das ist das Ziel von der Regierung:

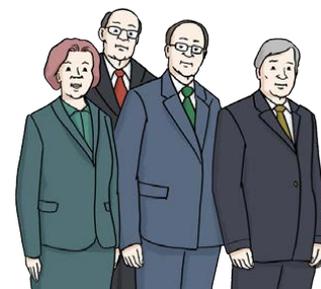
Deutschland hilft Menschen in armen Ländern.

Deutschland denkt dabei auch immer an die Menschen mit Behinderung.

Deutschland arbeitet mit vielen Ländern zusammen.

Deutschland hilft den ärmeren Ländern.

Das nennt man **Entwicklungs-Zusammen-Arbeit**.



Die Entwicklungs-Zusammen-Arbeit soll inklusiv sein.

Das heißt:

- Alle müssen an die Rechte von Menschen mit Behinderung denken.
- Die Hilfe für die anderen Länder soll so sein, dass auch Menschen mit Behinderung Hilfe bekommen.
- Menschen mit Behinderung sollen mit-arbeiten.



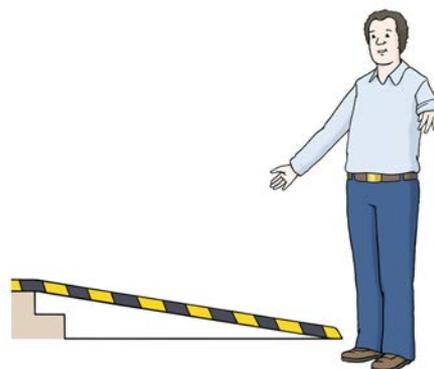
Menschen mit Behinderung arbeiten mit

Das Ziel von der Regierung ist:

Menschen mit Behinderung arbeiten mit bei der Entwicklungs-Zusammen-Arbeit.

Menschen mit Behinderung aus Deutschland.

Und Menschen mit Behinderung aus den anderen Ländern.



Denn: Menschen mit Behinderung kennen sich gut aus.

Die Menschen wissen:

- Wie kann man den Menschen mit Behinderung in dem Land am besten helfen.
- Was muss sich in dem Land verbessern, damit **alle Menschen** gut leben können.



Wenn Menschen mit Behinderung mit-arbeiten, dann kann der **UN-Vertrag** überall auf der Welt besser umgesetzt werden.

Deutschland arbeitet mit anderen Ländern zusammen

Auch andere Länder in der Welt helfen den armen Ländern.

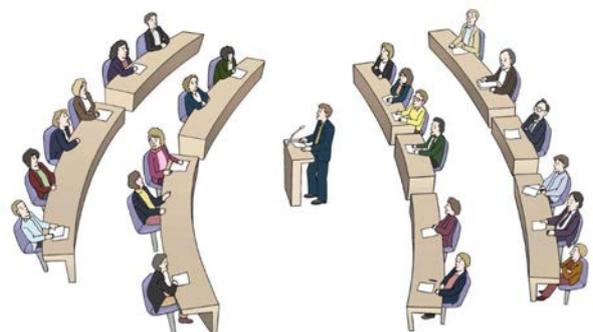
Zum Beispiel andere Länder in Europa.

Die Regierung von Deutschland will mit den anderen Ländern zusammen-arbeiten.



Die Länder können von einander lernen:

- Wie macht man inklusive Entwicklungs-Zusammen-Arbeit.
- Welche Projekte helfen den Menschen am besten.
- Welche Projekte sind gut für die Umsetzung vom UN-Vertrag.



Die Länder beraten sich gegenseitig.

So können sie den Menschen mit Behinderung auf der ganzen Welt noch besser helfen.



Menschen mit Behinderung anerkennen

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderung sollen anerkannt werden.

Die Leute sollen besser

über Menschen mit Behinderung denken.



Das sind die Ziele von der Regierung:

Die Menschen in Deutschland sollen

mehr Informationen über den UN-Vertrag bekommen.

Es soll mehr Aktions-Pläne geben.

Alle Menschen sollen mehr über Inklusion erfahren.

Mehr Informationen über den UN-Vertrag

Im **UN-Vertrag** sind die Rechte

von Menschen mit Behinderung aufgeschrieben.

Deutschland hat den UN-Vertrag unterschrieben.

Jetzt ist der UN-Vertrag ein Gesetz in Deutschland.



Die Regierung will den Menschen in Deutschland mehr Infos über den UN-Vertrag geben.

Damit alle Menschen in Deutschland mehr

über Menschen mit Behinderung wissen

und die Menschen mit Behinderung anerkennen.



Mehr Aktions-Pläne

Die Regierung will noch mehr für **Inklusion** tun.

Deshalb hat die Regierung den Aktions-Plan 2 gemacht.

Auch andere sollen mehr für Inklusion tun.

Zum Beispiel:

Behörden, Firmen und Vereine in Deutschland

sollen auch **Aktions-Pläne** machen.



Mehr über Inklusion erfahren

Alle Menschen sind wichtig für Deutschland.
Menschen mit Behinderung sind auch wichtig.
Deshalb gehören Menschen mit Behinderung überall dazu.

Menschen mit Behinderung können überall mit-machen.



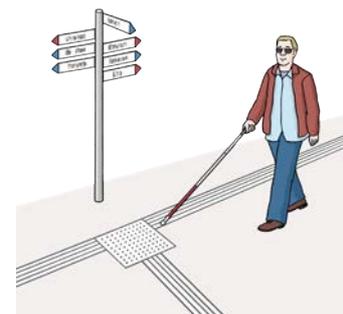
Die Regierung will Aktionen machen.
Und die Regierung will Fortbildungen machen.
Dann erfahren mehr Menschen etwas über **Inklusion**.
Und können sich Inklusion besser vorstellen.



Dafür gibt es viele Möglichkeiten.

Zum Beispiel:

- Die Menschen lernen:
Was brauchen gehörlose Menschen bei der Arbeit.
- Die Menschen probieren aus:
Wie finden sich blinde Menschen in der Stadt zurecht.
- Oder: Die Menschen treffen Menschen mit Lern-Schwierigkeiten.



Teil 4: Mehr Infos über den UN-Vertrag und die Aktions-Pläne

Der UN-Vertrag

Deutschland hat im Jahr 2009 einen wichtigen Vertrag unterschrieben.

Der Vertrag heißt:

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen.

Ein anderes Wort dafür ist:

UN-Behindertenrechts-Konvention.

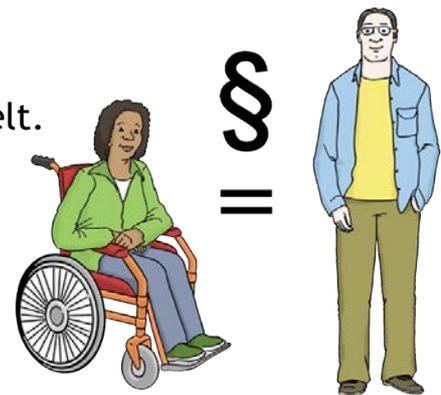
In Leichter Sprache sagen wir **UN-Vertrag**.



Der UN-Vertrag ist wichtig für Menschen mit Behinderung auf der ganzen Welt.

Im UN-Vertrag steht:

Menschen mit Behinderung haben die gleichen Rechte wie alle anderen Menschen.



Es gibt ein Heft über den UN-Vertrag.

Das Heft heißt:

Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen erklärt in Leichter Sprache.

In dem Heft können Sie in Leichter Sprache mehr über den UN-Vertrag lesen.

Sie können das Heft im Internet ansehen oder bestellen:

www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a729L-un-konvention-leichte-sprache.html



Der Aktions-Plan 1

Im Jahr 2011 hat die Regierung den ersten **Aktions-Plan** gemacht.
Der erste Aktions-Plan gilt noch bis 2021.



Es gibt ein Heft in Leichter Sprache über den ersten Aktions-Plan.

Das Heft heißt:

Nationaler Aktionsplan erklärt in Leichter Sprache.

Sie können das Heft im Internet ansehen oder bestellen:

www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/a740L-aktionsplan-bundesregierung-leichte-sprache.html



Die Landes-Prüfung

Bei den Vereinten Nationen gibt es eine Gruppe.

Die Gruppe heißt: **Ausschuss für die Rechte von Menschen mit Behinderungen.**

Der Ausschuss passt auf, dass die Rechte von Menschen mit Behinderung in allen Ländern eingehalten werden.



Deutschland muss alle 4 Jahre einen Bericht schreiben.

In dem Bericht steht:

- Wie hat Deutschland den **UN-Vertrag** umgesetzt?
- Was hat Deutschland für Menschen mit Behinderung gemacht?



Dieser Bericht heißt: Staaten-Bericht.
Staat ist ein anderes Wort für Land.
In Leichter Sprache sagen wir: Landes-Bericht.

Deutschland hat den Landes-Bericht
beim Ausschuss abgegeben.
Der Ausschuss hat den Bericht gelesen
und geprüft:
Hat Deutschland genug für
Menschen mit Behinderung gemacht?
Das ist die Landes-Prüfung.



Der Ausschuss hat sich im März 2015
mit Politikern und
Vereinen von Menschen mit Behinderung
aus Deutschland getroffen.
Sie haben über den Landes-Bericht
von Deutschland gesprochen.



Nach dem Treffen hat der Ausschuss aufgeschrieben:

- Das hat Deutschland gut gemacht.
- Das findet der Ausschuss nicht gut.
- Das soll Deutschland besser machen.

Sie können den **Landes-Bericht in Leichter Sprache**
im Internet ansehen:

[www.gemeinsam-einfach-machen.de/GEM/DE/LS/
BerichtLandespruefung/BerichtLandespruefung_node.html](http://www.gemeinsam-einfach-machen.de/GEM/DE/LS/BerichtLandespruefung/BerichtLandespruefung_node.html)



Der neue Aktions-Plan 2

Der **Aktions-Plan 2** hat die gleichen Kapitel wie der Aktions-Plan 1.

Zum Beispiel:

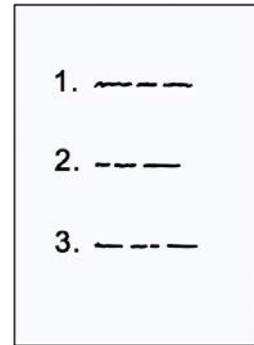
- Arbeit
- Bildung
- Gesundheit

Es gibt auch ein neues Kapitel.

Das neue Kapitel heißt: **Bewusstseinsbildung**.

In Leichter Sprache sagen wir:

Menschen mit Behinderung anerkennen.



Neue Gesetze

Es stehen viele Gesetzes-Änderungen im Aktions-Plan 2.

Im ersten Aktion-Plan ging es darum:

Es gab schon einige Gesetze für Menschen mit Behinderung.

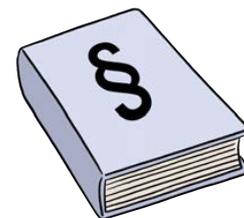
Aber die Gesetze wurden oft **nicht** gut benutzt.

Viele Menschen wussten nur wenig über die Gesetze.

Darum steht im ersten Aktions-Plan:

Die Gesetze sollen besser wirken.

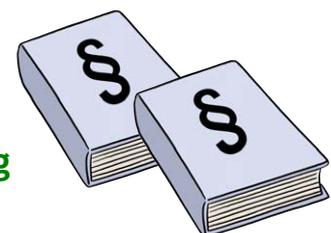
Das heißt: Die Gesetze sollen den Menschen mit Behinderung besser helfen.



Deutschland braucht aber auch neue Gesetze.

- Gesetze für die **Inklusion**
- Gesetze für die bessere Umsetzung vom **UN-Vertrag**

Darum gibt es jetzt den Aktions-Plan 2.



Alle Ministerien machen mit

Ein **Ministerium** gehört zur Regierung.

Es gibt viele verschiedene Ministerien.

Zum Beispiel:

- das Sozial-Ministerium
- das Gesundheits-Ministerium
- das Verkehrs-Ministerium



Viele Menschen arbeiten bei einem Ministerium.

Die Menschen machen Vorschläge für neue Gesetze.

Und sie arbeiten dafür,
dass jeder die gleichen Rechte hat.

Das Sozial-Ministerium ist zuständig
für Menschen mit Behinderung.

Darum sind viele Ideen im ersten Aktions-Plan
vom Sozial-Ministerium.

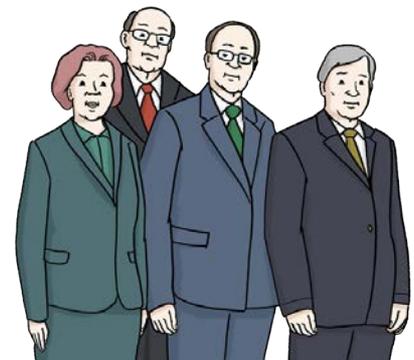


Aber: Inklusion soll es in allen Bereichen geben.

Darum müssen auch
die anderen Ministerien mit-machen.

**Im Aktions-Plan 2 stehen viele Ideen
von anderen Ministerien.**

Das ist sehr wichtig.



Erklärungen für schwere Wörter

Aktions-Plan

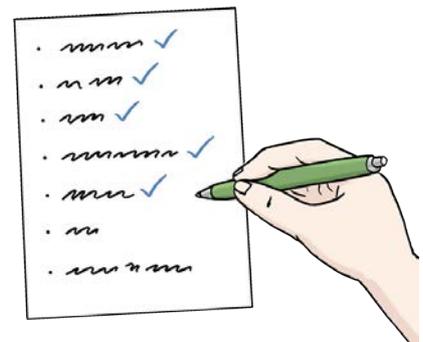
Ein **Aktions-Plan** ist ein Arbeits-Plan für ein bestimmtes Ziel.

Ein Ziel ist zum Beispiel:

Menschen mit Behinderung sollen besser leben.

Dann steht in dem Plan:

- Was sind die Probleme von Menschen mit Behinderung.
- Wie kann man die Probleme lösen.
- Wer muss welche Aufgaben erledigen.
- Wie prüft man, ob die Aufgaben gut erledigt sind.



barriere-frei, Barriere-Freiheit

Barriere ist ein schweres Wort für Hindernis.

Zum Beispiel:

Eine Treppe ist eine Barriere für Rollstuhl-Fahrer.

Barrierefrei heißt:

Es gibt keine Hindernisse für Menschen mit Behinderung.



Alles soll so sein,

dass alle Menschen es gut benutzen können.

Zum Beispiel:

- Straßen und Gebäude
- Busse und Züge
- Informationen und Internet-Seiten



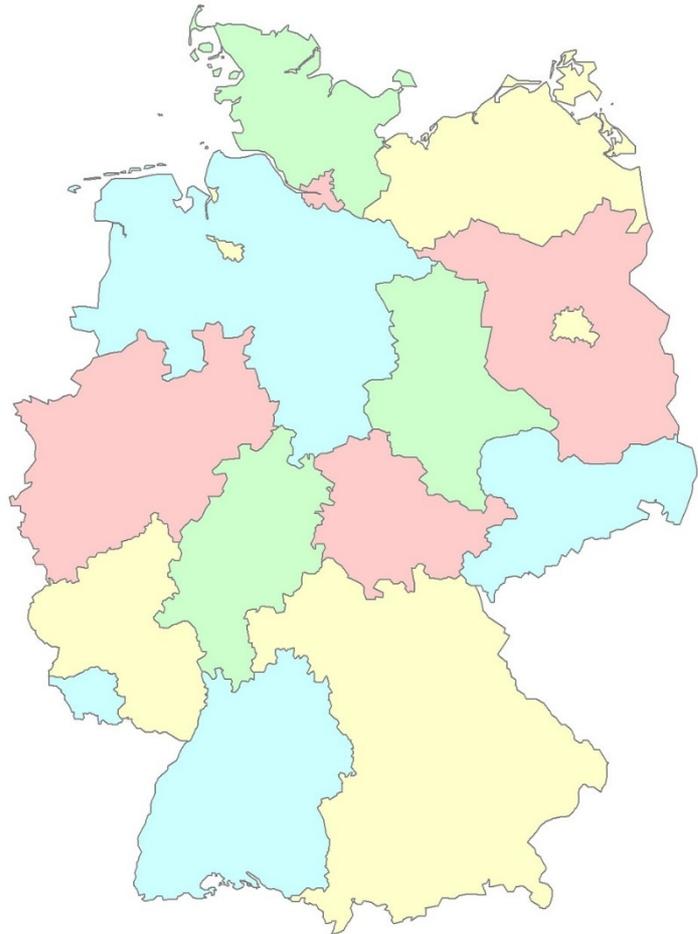
Bundes-Länder

In Deutschland gibt es 16 Bundes-Länder.
Alle Bundes-Länder zusammen
sind die Bundes-Republik Deutschland.



So heißen die 16 **Bundes-Länder**:

- Baden-Württemberg
- Bayern
- Land Berlin
- Brandenburg
- Hansestadt Bremen
- Hamburg
- Hessen
- Mecklenburg-Vorpommern
- Niedersachsen
- Nordrhein-Westfalen
- Rheinland-Pfalz
- Saarland
- Sachsen
- Sachsen-Anhalt
- Schleswig-Holstein
- Thüringen



Auf der Karte sieht man alle 16 Bundes-Länder.

In Deutschland gibt es Gesetze für ganz Deutschland.
Diese Gesetze gelten auch in allen Bundes-Ländern.
Und es gibt Gesetze für die Bundes-Länder.
Jedes Bundes-Land macht diese Gesetze selbst.
Die Gesetze können in jedem Bundes-Land anders sein.

Forschungs-Projekt

Die Fach-Leute machen **Forschungs-Projekte**.

Zum Beispiel: Fach-Leute von einer Uni.

Das heißt:

Die Fach-Leute überlegen:

Wie kann man ein Problem lösen.

Die Fach-Leute probieren mehrere Lösungen aus.

Dann wissen sie:

Was funktioniert am besten.

Am Ende vom Projekt

schreiben die Fach-Leute einen Bericht.



Inklusion

Inklusion bedeutet:

- Menschen mit Behinderung gehören dazu.
Menschen mit Behinderung können überall dabei sein.
- Menschen mit Behinderung dürfen selbst bestimmen.
- Alle Menschen haben die gleichen Rechte.



Ministerium

Ein **Ministerium** gehört zur Regierung.

Es gibt viele verschiedene Ministerien.

Zum Beispiel:

- das Gesundheits-Ministerium
- das Verkehrs-Ministerium

Viele Menschen arbeiten beim Ministerium.

Die Menschen machen Vorschläge für neue Gesetze.

Und sie arbeiten dafür,

dass jeder die gleichen Rechte hat.



Pflege-Versicherung

Alle Menschen mit Arbeit
müssen Geld für diese Versicherung bezahlen.
Vielleicht brauchen Menschen einmal sehr viel Hilfe:

- Weil die Menschen alt werden.
- Oder weil die Menschen krank werden.
- Oder weil die Menschen eine schwere Behinderung haben.



Zum Beispiel:

Jemand muss immer im Bett liegen.
Oder braucht sehr viel Hilfe beim Aufstehen.
Und eine andere Person
muss den Menschen waschen.
Oder bei anderen Dingen helfen.

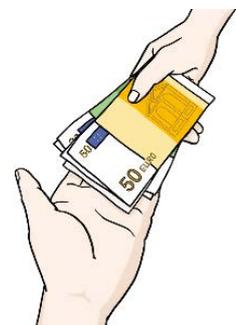


Diese Hilfe heißt: Pflege.

Pflege ist teuer.

Deshalb gibt es die **Pflege-Versicherung**.

Die Pflege-Versicherung bezahlt Geld für die Pflege.



rechtliche Betreuung

Manche Menschen mit Behinderung
können **nicht** alles alleine entscheiden.
Sie brauchen Hilfe bei wichtigen Entscheidungen.
Zum Beispiel:

- Beim Einteilen vom Geld.
- Bei der Gesundheit.
- Bei Briefen vom Amt.

Das nennt man **rechtliche Betreuung**.



Schlichtungs-Stelle

Vielleicht hat ein Mensch mit Behinderung einen Streit mit einer Bundes-Behörde.
Weil sich die Behörde nicht an das Behinderten-Gleichstellungs-Gesetz hält.
Dann kann der Mensch mit Behinderung zur **Schlichtungs-Stelle** gehen.



Die Schlichtungs-Stelle versucht eine Lösung für den Streit zu finden.
Dann ist der Streit zu Ende.
Und der Mensch mit Behinderung braucht nicht vor Gericht zu klagen.



schuld-unfähig

Das bedeutet ein Mensch hat etwas Verbotenes gemacht.
Aber der Mensch hat **keine** Schuld.
Zum Beispiel:
Kleine Kinder sind **schuld-unfähig**.
Weil kleine Kinder noch wenig wissen.



Oder ein anderes Beispiel:
Ein Mensch hat eine psychische Krankheit.
Vielleicht macht der Mensch eine Straf-Tat.
Dann prüft der Richter:
Ist die Krankheit der Grund für die Straf-Tat?



Vielleicht ist die Krankheit der Grund für die Straf-Tat.
Dann sagt man:
Der Mensch ist **schuld-unfähig**.



Straf-Tat

Jemand macht etwas Verbotenes.
Zum Beispiel etwas stehlen.
Für die verbotene Sache wird man bestraft.
Das nennt man **Straf-Tat**.



Es gibt besonders schlimme Straf-Taten.
Zum Beispiel:
Jemanden absichtlich schwer verletzen.
Oder jemanden töten.



Im Straf-Gesetz steht:
Für Straf-Taten wird man bestraft.
Im Gesetz steht auch,
welche Strafe man bekommt.
Zum Beispiel: Geld-Strafe oder Gefängnis.
Im Gesetz steht auch:
Wann eine Person **nicht** bestraft werden kann.

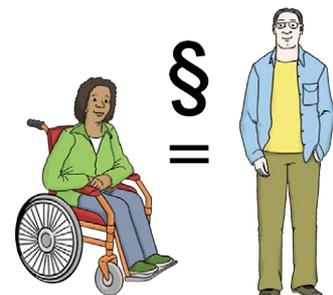


UN-Vertrag

Deutschland hat im Jahr 2009
einen wichtigen Vertrag unterschrieben.
Der Vertrag heißt:
**UN-Konvention über die Rechte
von Menschen mit Behinderungen**
Ein anderes Wort dafür ist:
UN-Behindertenrechtskonvention.
In Leichter Sprache sagen wir: **UN-Vertrag**.



Im UN-Vertrag steht:
Menschen mit Behinderung
sollen die gleichen Rechte haben
wie alle anderen Menschen auch.



Wer hat dieses Heft gemacht?

Das Bundes-Ministerium
für Arbeit und Soziales
hat dieses Heft gemacht.



Der Text in Leichter Sprache ist vom
Büro für Leichte Sprache Volmarstein
und vom Lebenshilfe
Büro für Leichte Sprache
Ruhrgebiet gGmbH.



Die beiden Büros sind Mitglied
im Netzwerk Leichte Sprache e.V.



Prüfer und Prüferinnen
vom Lebenshilfe Büro für Leichte Sprache Ruhrgebiet gGmbH,
von der Werkstatt Constantin, Diakonie Ruhr Werkstätten, gGmbH
und von der Werkstatt in der Evangelischen Stiftung Volmarstein
haben den Text in Leichter Sprache geprüft.

Die Bilder sind von

© Stefan Albers, Atelier Fleetinsel, Lebenshilfe Bremen 2013.

© Reinhild Kassing, Kassel.

© Wibke Brandes, wibkebrandes.de, Bochum.

Das Easy-to-read Logo ist von © Inclusion Europe.

Die Marke Gute Leichte Sprache ist
vom © Netzwerk Leichte Sprache e.V.



Berlin, März 2017

Haben Sie Fragen?

Wenn Sie eine Frage über den Aktions-Plan 2 haben, dann können Sie beim Bundes-Ministerium für Arbeit und Soziales fragen.

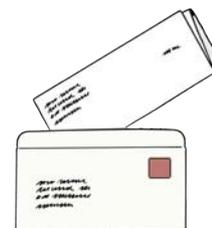


Die Adresse ist:

Bundes-Ministerium für Arbeit und Soziales

Wilhelmstraße 49

10117 Berlin



Es gibt ein **Bürger-Telefon**

mit Informationen für Menschen mit Behinderung.

Dort können Sie Montag bis Donnerstag

von 8 bis 20 Uhr anrufen.

Die **Telefon-Nummer** ist: 030 221 911 006



Sie können auch eine E-Mail schreiben:

Die **E-Mail-Adresse** ist: info@bmas.bund.de



Für gehörlose und hör-geschädigte Menschen gibt es:

- **Gebärden-Telefon**

Dort können Sie Montag bis Donnerstag von 8 bis 20 Uhr anrufen.

Die Adresse ist:

gebaerdentelefon@sip.bmas.buergerservice-bund.de



- **Fax**

Die Fax-Nummer ist: 030 221 911 017

- **E-Mail**

Die Adresse ist: info.gehoerlos@bmas.bund.de



Mehr erreichen.
Weniger behindern.



Bundesministerium
für Arbeit und Soziales